

### Copyright

Alle in [www.springwords.com](http://www.springwords.com) veröffentlichten Texte und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen nicht ohne Erlaubnis von springwords ventures, des Autoren und der Fotografen weiterverwertet oder weiterveröffentlicht werden. Zuwiderhandlungen werden nach nationalem und internationalem Urheberrecht verfolgt.

---

Unis, Underdogs und goldene Chancen - Lernen unterm Sternenbanner

## **Wie dumm sind die Amerikaner wirklich?**

Eine Reise durch die Bildungslandschaft der USA

Von Bernd Hendricks

Der Deutsche George und die Amerikanerin Mei Yu Zou wissen nichts voneinander. Es trennen sie der atlantische Ozean und ein Tal der Ahnungslosigkeit. Mei Yu Zou sitzt an einem Computer in Chinatown, New York, George an einem Computer in Deutschland, wo genau wissen wir nicht, denn in deutschen Internetdiskussionsforen hinterlässt er nur diesen Namen. Mei Yu Zou näht sich in Zehnstundenschichten durch Chinatowns fensterlose Textilfabriken und strampelt sich an den Abenden in einem Klassenraum durch englische Grammatik und Microsofts Betriebssystem. Mei Yu Zou strebt nach einer Schreibtischarbeit in einem tageslichtdurchfluteten Büro hoch über Midtown Manhattan, doch George strebt nach einer Wahrheit, die noch höher ist. Mei Yu Zou weiß nichts über George, aber von George wissen wir, dass ihm der große Blackout im August 2003 alles über Mei Yu Zou und ihre 281 Millionen Mitbürger lehrte. "Die größte Wirtschaftsmacht auf der Welt hat ein Stromnetz wie noch zu Großmutterns Zeiten", schreibt er am 17. August 2003 im Webarena-Forum unter [www.step21.de](http://www.step21.de). Er fährt fort: "Als nächstes werden wir die Amis sehen, wie sie mit Pferdekutschen rumfahren. Die Amerikaner spielen sich immer als die Besten der Besten auf. Und wir stellen erneut fest, das diese Leute so dumm wie ein Sack Stroh sind."

Sie können weder zählen (siehe letzte Präsidentenwahl), sie haben ein Stromnetz wie in einem Entwicklungsland. Die meisten Amerikaner haben eine Allgemeinbildung, dass selbst unsere Schüler dagegen alle Einsteins sind...”

Fünf Wochen hat Mei Yu Zou Zeit, Georges’ Bildungsansprüchen zu genügen. So lange dauert der Abendkurs beim “Consortium for Worker Education”, einer gewerkschaftlichen Weiterbildungsstätte in New York. Sie büffelt mit 15 anderen chinesischen Einwanderern täglich zwei Stunden Englisch und drei Stunden Software. Die Perspektiven der New Yorker Arbeitswelt faszinieren sie, der amerikanische Traum reißt sie mit in den Strom von 110.000 Einwanderern, Wahlamerikanern wie einst Albert Einstein, die jedes Jahr im “Consortium” den Schritt in eine neue berufliche Zukunft wagen. Aber ihre Chancen, Georges’ Wohlwollen zu finden, sind schlecht. Sein Urteil über amerikanische Gelehrsamkeit ist deutsche Mehrheitsmeinung.

Nach dem Bild, das Europäer heute vom Bildungsniveau in den Vereinigten Staaten haben, ist das amerikanische Durchschnittshirn so öde wie die Wüste von Nevada. Amerikaner gelten als kulturlos und übergewichtig, haben keine Geschichte und keine Manieren. Sie hassen Bücher und lieben Waffen. Nach einer Umfrage des Allensbach-Forschungsinstituts vom Frühsommer 2003 halten die meisten Deutschen vor allem “Fast Food”, “Popcorn”, “Kitsch” und “breite Straßen” für typisch amerikanisch. In Ostdeutschland denken 50 Prozent der Leute, Amerikaner seien “herzlos”. Für 75 Prozent der Befragten prägt der Terrorangriff vom 11. September 2001 ihr Meinungsbild über Amerikaner. Sie sind von der Schlussfolgerung des Weißen Hauses enttäuscht, dass amerikanische Macht fortan aus den Gewehrläufen kommen muss. Die Großmannssucht in Washington und die Bereitschaft der Bush-Regierung zu militärischer Gewalt haben in den vergangenen drei Jahren nicht gerade zum Abbau der Vorurteile beigetragen, die gegen die Amerikaner gedeihen. Als die Webseite des Spiegel-Magazins, Spiegel Online, zu einer Diskussion unter dem Titel

“Die Irak-Frage – was gebietet die Solidarität” aufrief, meldeten sich 14.000 Leser zu Wort. Die meisten waren kriegskritisch und beteuerten, ihr Unbehagen gelte dem Präsidenten, nicht dem Volk. Doch oft schimmerte durch ihre Stellungnahmen die Gutmütigkeit, mit welcher der europäische Vorvater den Kopf des amerikanischen Kindes tätschelt: Der einfache Amerikaner ist gut, aber nicht gut gebildet; sein Land ist weit, seine Weltsicht nicht. Ein Teilnehmer der Spiegel-Diskussion schrieb in einer E-Mail: “Der Durchschnittsamerikaner glaubt wie seine Präsidenten und Regierungen, die Welt sei dazu da, um amerikanische Interessen zu bedienen und zu erfüllen. Dumme Egoisten denken nur an sich und bezahlen letztlich sehr teuer dafür, weil sie keine echten Freunde haben...”

Wie dumm sind die Amerikaner wirklich? Wir lesen in den Feuilletonen der Zeitungen von aufsehenerregenden Wissenslücken: 30 Prozent der jungen Amerikaner wissen nicht, wo der Pazifik liegt. 50 Prozent suchen auf der Weltkarte vergeblich Indien, ermittelte im Sommer 2002 eine Umfrage der National Geographic Society. 40 Millionen Amerikaner konnten nach einer Untersuchung des National Center for Education Statistics, einer statistischen Behörde in Washington, im Jahre 1995 nur ihren Namen schreiben und das Gültigkeitsdatum auf ihrem Führerschein lesen. Das ist eine Quote von 20 Prozent funktionalem Analphabetismus. Wir sehen Präsident Bush, der Anfang Januar 2000 in einem Interview mit U.S. News & World Report erklärte, eines der “großartigen Dinge” an Büchern sei, dass sie “fantastische Bilder” enthalten könnten. Wir runzeln die Stirn, wir heben die Augenbrauen, und der Deutsche George schreibt in Webarean: “Also ich sehe das ganze nicht ohne eine gewisse Schadenfreude. Und die lass’ ich mir nicht nehmen.”

Schadenfreude vernebelt. Deutsche beklagen das mangelnde Weltwissen der Amerikaner und ahnen nicht ihr eigenes Defizit. Als im Jahre 2001 das UN-Kinderhilfswerk Unicef eine Studie über den Bildungsstand von Schülern der 24 reichsten Nationen veröffentlichte, waren viele Deutsche nicht über den 19. Rang ihres Bildungssystems

schockiert, sondern über das – wenn auch geringfügig – bessere Abschneiden der amerikanischen Schülerinnen und Schüler. Das Bildungssystem Amerikas, des Symbols von Überheblichkeit und Ignoranz, rangierte auf Platz 18.

Unicef testete die Lesekenntnisse der Kinder, prüfte ihr naturwissenschaftliches Wissen, bezog die Pisa-Bildungsstudie des Vorjahrs und die Mathematik-Untersuchung TIMSS ein. Sechzehn Prozent der 14- und 15jährigen deutschen Schüler scheiterten an Mindestanforderungen in der Bildung, zwanzig Prozent an “einfachen Textaufgaben”. Zwischen guten und schlechten Schülern klafft in deutschen Schulen eine große Lücke und es ist der Erkenntnis der Unicef zufolge für die schwachen Schüler fast unmöglich, ins Lager der besseren zu wechseln. Wer besser ist, hat auch gut gebildete Eltern. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einer ungebildeten Familie mit guten Lernergebnissen hervorsticht, sind gering – geringer als in vielen anderen Staaten, geringer als in den USA. Eine unsichtbare Klassenschranke teilt das deutsche Bildungssystem, und die Herrschenden dieses Systems, die Kultusbürokraten, Schuldirektoren und privilegierten Lehrer und Eltern scheinen alles zu tun, um diese Schranke zu bewahren. “Die Schwächeren werden einfach abgehängt”, klagt der Chef von Unicef Deutschland, Dietrich Garlich.

Das Bild vom großangelegten, üppig finanzierten Bildungssektor ist Schein. Niemand in der reichen westlichen Welt ist geiziger als die Deutschen: Nur 5,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts fließen ins öffentliche Bildungssystem, ermittelte im Jahre 2001 die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Studie. Damit bildet Deutschland unter den 14 untersuchten Staaten das Schlusslicht. An der Spitze steht Dänemark, wo 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Lernen abgezweigt werden. Amerika teilt sich mit Österreich den siebten Platz: Immerhin wandern im Land der “dummen Egoisten” 6,4 Prozent der produzierten Güter und Dienstleistungen in die Schulen und Universitäten – wohlgerne, ins öffentliche Schulsystem; die Dollars, die Amerikaner

aus ihrem eigenen Portemonnaie für die Bildung ihrer Kinder zahlen, sind nicht eingerechnet.

Wir müssen gestehen, dass wir weniger über Amerika wissen als wir vorgeben. Das amerikanische Bildungssystem ist uns unbekannt, eine stille unentdeckte Landschaft aus öffentlichen und privaten Lerninstitutionen, aus der nur ein paar vertraute Namen ragen: Princeton, Einsteins letzte Uni; Yale, die Prestigehochschule, die einst den Müßiggänger George W. Bush durchgezogen hat; Harvard, die älteste Eliteschmiede der USA. Wie gewöhnliche Amerikaner für das Leben lernen, ist uns ein Rätsel. Von Kalifornien aus eroberten der Personalcomputer und das Internet die Welt, in Detroit werden immer noch die meisten Autos gebaut – präzise, fehlerlos, profitabel – und dennoch existiert keine einzige Lehrwerkstatt in diesem Riesenland. “Berufsbildung” hat es noch nie gegeben. Niemand hängt sich Meisterbriefe an die Wände der Frisörsalons oder Metzgereien, weil es keine Meisterbriefe gibt. Amerikas Blues- und Jazz- und Rockmusiker revolutionierten das Musikgefühl der Menschheit auch ohne Hochschulabschluss. Und während Schauspieler in Deutschland eine der großen Schauspielschulen besucht haben müssen, um für die Bühne oder den Film engagiert zu werden, genügt es in Amerika, talentiert zu sein. Künstler ist, wer sich zum Künstler erklärt. Keine Galerie fragt Künstler je nach Studienscheinen, bevor sie deren Werke ausstellen, kein Verlag je nach einem Magister in Englisch, und dennoch erscheinen jedes Jahr in diesem Land etwa 3.000 Romane.

Wer einen Arbeitsplatz sucht, beginnt den Lebenslauf mit einer Auflistung dessen, was er bislang geleistet, nicht, was er gelernt hat. Bildung ist wichtiger als Bildungsabschluss; manchmal sind Visionen und Tatkraft am wichtigsten: Es reicht vorauszusehen, dass in Zukunft auf jedem Schreibtisch ein Personalcomputer stehen wird; der reichste Mann des Landes, Bill Gates, brach einst sein Studium an der Harvard University ab, um Microsoft zu gründen. “Folgt nicht meinem Beispiel, jeder braucht eine Collegeausbildung”, mahnte Microsoft-Chef Gates

kürzlich New Yorker Schülerinnen und Schüler, doch kreditwürdig hatten ihn die Banken auch ohne Uniabschluss gehalten.

Welche Rolle spielt Bildung in der amerikanischen Gesellschaft? Wie lernen hier Kinder und Erwachsene? Wie entwickeln Amerikanerinnen und Amerikaner ihre Talente?

Kinder gehen – in den meisten Bundesstaaten obligatorisch – mit vier oder fünf Jahren in den Kindergarten. Sie wechseln nach einem Jahr zur “Elementary School”, zur Grundschule, von dort, nach fünf Jahren, in die Mittelschule, wo sie bis zur achten Klasse verweilen. Mit der neunten Klasse besuchen sie die “High School” und nach Klasse 12 stehen sie am Scheideweg: Entweder stoßen sie zum Heer der Arbeitenden oder zum Heer der Höherlernenden, entweder Büro und Fabrik oder College und Technikerschule. Sie sind 17 oder 18 Jahre alt. Mit 18 sind sie frei, von der Schulpflicht entbunden, sie können die High School verlassen und tun und lassen, was sie wünschen. Viele Mädchen scheiden aus, weil sie schwanger sind. Sie sind 16, 17, alleinerziehend; die Gruppe der jüngsten Mütter ist auch die am schnellsten wachsende in den amerikanischen Städten, und bislang ist es dem Bildungssystem nicht gelungen, sie festzuhalten.

Manche Schulabgänger gehen zu Technikerschulen, sogenannten Vocational Technical Schools, wo sie Handwerks- und Industrierufe wie Schweißer, Schlosser, Schuster lernen. Diese Schulen sind eigene Unternehmungen. Sie nehmen Geld für ihre Dienste.

Die Masse strömt zum College, das ihnen für vier Jahre seine Türen öffnet. Es ist eine Art Zwischenstudium, den Universitäten oft räumlich zugegliedert. Das College ist die Flugschule der amerikanischen Jugend. Die jungen Leute flattern mit 17, 18 Jahren aus dem elterlichen Nest, oftmals hunderte Meilen weit. Sie leben in college-eigenen Wohnheimen, sie suchen sich Arbeit für den Lebensunterhalt. Amerikas Jugend lernt früh – für europäische Verhältnisse sehr früh – auf eigene Faust zu leben und zu überleben.

Wer das College mit einem "Bachelor Degree", dem ersten akademischen Grad, absolviert, kann eine hoffnungsvolle Karriere in einem Unternehmen beginnen, startet auf der untersten Stufe der Firmenhierarchie, in Versicherungs- oder Finanzunternehmen, in der Verwaltung von Produktionsbetrieben, in Anwaltsbüros, Verlagen, Software- oder Handelshäusern oder sie ergreifen den Lehrer- oder Erzieherberuf. Amerikas Lehrer sind deshalb oft kaum älter als ihre ältesten Schüler, 23, 24 Jahre alt. Doch viele College-Abgänger entscheiden sich für das Universitätsstudium. Sie bewerben sich bei den Unis. Über den Einlass entscheiden eine Aufnahmeprüfung, ein Komitee aus Professoren und Studierenden - und eine wohlgefüllte Geldbörse.

Wer Bildung will, braucht Geld. Viele Generationen lang kam mit jedem neuen Menschen auch ein neues Bankkonto auf die Welt: Die Eltern legten für die Bildung ihres Kindes an. Wenn das Kind alt genug und flügge war, verließ es das Haus und lernte recht und gut, solange die Kasse reichte. Doch seit einigen Jahrzehnten sinkt die Spareinlage und seit einigen Jahren auch die Zahl der Stipendien, die der Staat an Studierende aus den unteren Sozialschichten verteilt. Studienkredite sind heute Hauptmethode zum Ankauf von Bildung. Im Jahre 2003 wurden den Studierenden Kredite von insgesamt 105 Milliarden Dollar gewährt, ein Rekord. Die öffentlichen Schulen sind kostenlos, aber die öffentlichen Colleges und Universitäten verlangen Studiengebühren. Sie stiegen im Jahre 2003 um 14 Prozent. Studierende müssen für ein Jahr an einem öffentlichen College durchschnittlich 1.905 Dollar aufbringen, an der Universität bereits 4.694 Dollar. In New York zahlen sie nun 400 bis 800 Dollar mehr, die Studiengebühren an der City University of New York (CUNY) erhöhten sich auf 2.600 Dollar, etwa ein Zehntel dessen, was die großen Privat-Unis der Stadt, die Columbia University und die New York University (NYU) von jedem Studierenden einkassieren. Private Colleges verkaufen jährliche Bildungsleistungen für durchschnittlich 19.500 Dollar.

Bildung ist ein Handelsobjekt, eine Ware und die Verantwortung, sie zu kaufen und zu verkaufen, ist in Amerika in die Hände des Individuums gelegt. Das Individuum schüttet immer häufiger die Mittel für die Bildung der Arbeitskraft aus seiner unmittelbaren, der "ersten" Lohntüte, während aus der "zweiten", dem vom Staat kontrollierten Budget, immer weniger in Bildungsinstitutionen fließt. Der Staat stellt Standards für Bildungsinhalte auf, misst die Leistungen einer Schule mit Schülertests, beschäftigt dafür hunderte Bürokraten und spart sie wieder ein, sobald sich private Unternehmen finden, die diese Tests entwickeln. Alle befinden sich in einem ständigen Konkurrenzkampf um die besten Testergebnisse: die Schüler, ihre Lehrer, die Schulen eines Distrikts, die Distrikte eines Bundesstaates. Am Ende entscheidet die nackte Zahl, der Messwert aller Lehrbemühungen. Meist setzt der Bundesstaat die Standards, diktiert die Lerninhalte, aber die Kommunen müssen das Geld für den Schulbetrieb und die Löhne der Lehrer aufbringen, was naturgemäß zu Konflikten führt: Bildung ist Tagespolitik, ständiges Streitobjekt in Zeitungen. Kein Politiker wird je eine Wahl gewinnen, wenn er nicht kleine Klassenräume und große Schuletats verspricht. Wo konservative Schulpolitiker die Oberhand gewinnen, führen sie das sogenannte Voucher-System ein. Der "Voucher" ist ein Gutschein für die Eltern, deren Kinder Schulen mit den schlechtesten Testergebnissen besuchen. Haben diese Schulen ausgespielt, bereiten die Behörden ihre Schließung vor; die Eltern ziehen ihre Kinder ab. Den Gutschein können sie nun bei Privatschulen einwechseln, wo die Klassenstärke niedriger und die Lehrqualität höher ist. Sein Wert entspricht der Geldsumme, die der Staat für das Schulkind bis zum Abschluss der nächsten Bildungsstufe ausgeben würde. Kritiker sehen in dem Voucher-System das Ende des staatlichen Schulsystems. Schulen, die Hilfe bräuchten, drehen die Politiker den Rücken zu, beanstanden die Voucher-Gegner. Sie haben in der gegenwärtigen Regierung wenig Einfluss, denn dort, wo sie die Gutscheinelösung abwehren, tritt das "No-Child-Left-Behind"-System in Kraft, ein Gesetz der Bush-Regierung, das verspricht, kein Kind zurückzulassen, wenn seine Schule versagt. Diese Kinder werden in

Schulen mit besseren Testresultaten versetzt, wo sie nach ein paar Monaten erneut einer Prüfung unterzogen werden.

Seit der Präsident das Gesetz im Januar 2002 unterzeichnete, breitet sich die Testmanie in allen Bereichen des Bildungssystems aus. Nach Angaben des General Accounting Office des Congresses, der Etatkommission der Legislative, müssen die Bundesstaaten 460 neue Tests entwerfen, ausprobieren, drucken, verteilen, auswerten, was zwischen zwei und 5,3 Milliarden Dollar kosten wird. Die Bürokraten ersticken alle Versuche von High-School-Lehrern, das Wissen ihrer Schüler mit einer anderen als mit der Mehrfachwahlmethode zu prüfen. In New York müssen Schüler ihr Geschichtswissen mit Kreuzchen hinter vorgefertigten Antworten ausdrücken, obwohl ihnen mehrere höhere Schulen erlauben wollten, die komplexen Entwicklungen der amerikanischen und Weltgeschichte in Aufsätzen und mündlichen Präsentationen darzustellen. Die Bürokratie zeigt keine Nachsicht, auch nicht mit den Realitäten des Lebens. Der Terrorattacke vom 11. September 2001 entwuchs zwar ein großes Interesse unter New Yorks Schülern, mehr über den Islam zu erfahren. Doch die Lehrer mussten – wider eigenen Willen – diesen Wunsch unterdrücken, wollten sie ihre Schüler durch die Prüfung bringen. Der Geschichtstest stellt nur ein, zwei Fragen nach dem Islam und hat eine “Geistestiefe von einem Inch”, klagte eine Lehrerin der LaGuardia High School in Manhattan im Sommer 2003 gegenüber der New York Times.

Dreiviertel der Amerikaner mögen das höhere Bildungswesen, aber nur die Hälfte ist vom öffentlichen Schulsystem begeistert. Sechsendsechzig Prozent sind bereit, mehr Steuern zu zahlen, um es zu verbessern, und 72 Prozent würden dabei sogar die Lasten armer Familien übernehmen, die ihre Kinder zu Colleges schicken: Für diese Familien favorisieren sie Steuerkürzungen, damit sie die Studiengebühren aufbringen können, fand der Educational Testing Service, eine private Bildungsforschungsorganisation in Princeton, heraus.

Das Bildungssystem hungert nach Finanzen, und beschwingt vom amerikanischen Geschäftssinn handelt es mit allem, was gemietet, verkauft, getauscht werden kann. Keine Idee ist zu abstrus, um sie nicht in Cash zu verwandeln. Der ehemalige Präsident der Harvard University, Derek Bok, spricht dabei von der “großen Versuchung”, der immer mehr Colleges und Universitäten unterliegen. Sie gründen Marketingabteilungen, sie suchen Werbekunden für Campusgebäudeflächen und Anzeigekunden für Kursmaterialien. Gegen Zahlung einer Lizenzgebühr erlauben sie Kreditkarten- und Mobiltelefonfirmen, auf dem Campus Kunden zu werben. “Markt, Konsumenten, Marken – die Sprache, mit der Leute über höhere Bildung reden, hat sich geändert”, erkennt David Kirp, Politikprofessor an der University of California in Berkeley.

Die Markt- und Markenwirtschaft erfasst nun auch das untere und öffentliche Bildungssystem. In Eugene, Oregon, spenden Eltern von Erstklässlern Blut und zahlen das Geld, das sie dafür vom Roten Kreuz bekommen, in die Klassenkassen zum Ankauf neuer Schulbücher. Die Dave Matthews Band gibt im August 2003 im Central Park vor zehntausenden New Yorkern ein Benefizkonzert für das Schulsystem der Stadt. Erlös: Zwei Millionen Dollar. Gabelstapler transportieren ein paar Wochen später “Snapple”-Automaten des Getränkekonzerns Cadbury Schweppes in die Schulcafes. “Snapple” ist nun “offizielles” Getränk in New Yorks Schulen, und dafür, dass nichts anderes zu trinken angeboten wird, zahlt Cadbury Schweppes den New Yorker Schulbehörden acht Millionen Dollar plus Sponsorgeld für Schulsportprogramme. Vertragskonsultanten umschwirren die Schuldistrikte im ganzen Land, schlagen Verbindungen zwischen Behörden und Lebensmittelunternehmen, von denen einige beginnen, Getränke und Imbisse exklusiv für die Schulen zu entwickeln. Der Coca-Cola-Konzern wirbt bei den Schulverwaltungen des Landes für ein neues Milchgetränk. Es heißt “Swerve” und soll nur an Schüler verkauft werden.

Milliardäre verschenken – manchmal – Millionen an die Bildung, wie Bill Gates, der im Jahre 2003 in einem Klassenraum der Morris High School in der Bronx an Bürgermeister Michael Bloomberg einen Scheck von 51,2 Millionen Dollar übergab. Das Geld wird für die Einrichtung von 67 neuen kleinen High Schools verwendet, die große Schulen ersetzen und nicht mehr als 500 Schüler aufnehmen sollen. Kleine Schulen haben flache Hierarchien; ihre Administratoren sind bewegliche Leute, die schnell auf die Bedürfnisse der Schüler reagieren können, hoffen Bloomberg und New Yorks Schulkanzler Joel Klein. Beide erwarten, dass die Abruchrate sinkt und die Lernkurve steigt. Denn das System mit seinen 1.200 Schulen, 80.000 Lehrern und 1,1 Millionen Schülern steckt in einer Krise. Vierzig Prozent der New Yorker Schulen scheitern an den von Washington gesetzten Lernstandards. Dutzende sind so überfüllt, dass Rektoren ihre Büros und Lehrer ihre Konferenzzimmer für Schulklassen räumen müssen. In der Christopher Columbus High School in der Bronx unterrichten die Lehrer in Schichten, die älteren Schüler zwischen 7:05 Uhr und 12:21 Uhr, die jüngeren zwischen 12:30 Uhr und 17:46 Uhr, insgesamt 3.700 Schüler, die zu Unterrichtsbeginn vor Metallmeldern minutenlang Schlange stehen, weil sie nach Waffen durchsucht werden. In der John F. Kennedy High School in der Bronx, einer achtstöckigen Lernfabrik mit 4.590 Schülern, beginnt die Mittagspause für die ersten Klassen bereits um 9:21 Uhr und endet für die letzten um 14:30 Uhr.

Mit Gates' Spendenscheck schiebt die Stadt eine gründliche Reform des Schulwesens an. Bis Ende 2007 wollen Bloomberg und Klein 107 kleine Schulen schaffen und 100 weitere in einem späteren Schritt. Im Jahre 2003 stellten sie 9.000 neue Lehrer ein sowie 2.500 nichtzertifizierte Lehrpersonen als Aushilfe bei Engpässen. Sie verordneten 50 zusätzliche Unterrichtsminuten pro Woche für jedes Kind und neue Lehrpläne in Englisch und Mathematik, ersetzten die örtlichen Schuldistrikte mit regionalen Zentren, reduzierten die Verwaltung und erweiterten die Elternbeteiligung. Aus den Reihen der Eltern stellen die Schulen jetzt Koordinatoren an, die zwischen Lehrern

und Eltern vermitteln. Sie bekommen Büroraum und Bezahlung. New York ist eine Stadt der Rastlosigkeit, der endlosen Umwälzungen, doch noch nie erlebte eine städtische Institution eine solch radikale Wende, noch nie vereinte ein Bürgermeister soviel Macht über das Schulsystem. Er lockte Joel Klein aus einem Zwei-Millionen-Dollar-Job bei Bertelsmann nach New York und verpflichtete ihn als "Schulkanzler" für 250.000 Dollar Jahresgehalt. Klein zieht den Argwohn von Lehrern und ihrer Gewerkschaft auf sich, denn er hat mit Bildung nichts zu tun. Er ist Jurist und flechtet in Konversationen gerne Zitate von US-Bundesrichtern ein. Unter Präsident Clinton war er Ankläger im Justizministerium. Er schickt seine Kinder zu Privatschulen und umgibt sich mit einem Beraterzirkel aus Investmentbankern und Anwälten und betont, er habe nicht vergessen, woher er kommt. "Ich bin ein Kid aus Queens", sagt Klein. Der Mann entstammt einer armen Familie, sein Vater war Briefträger in der Bronx, seine Mutter Buchhalterin. Über die Reformen des New Yorker Schulsystems, des größten des Landes, meint Klein: "Das ist nur der Anfang."

Für den deutschen Bildungsbürger muss all das – die Marktgesetze, das Testchaos, der hemdsärmelige Pragmatismus, das rasende Tempo der Reformen, überhaupt Reformen – ein Horror sein. Bildung ist für ihn ein Sakrileg, das nicht angetastet werden darf, und wenn die Bildung in die Krise fällt, wie in Pisa- und Unicef-Studien beschrieben, so wandelt er sie vom Sakrileg zum Privileg, das er gegen Fremdlinge eisern verteidigt. Vorrecht ersetzt Reform. Kinder der Angestammten dringen bis zum Gymnasium durch, Einwandererkinder bleiben unten. Das reicht, um die Bedürfnisse der Privilegierten, der Wahlberechtigten, der oberen Gesellschaftshälfte zu befriedigen. Das deutsche Bildungssystem unternimmt laut Unicef-Vergleich nichts, um Immigrantenkinder einzugliedern, zu fördern, ihnen Chancen zu eröffnen.

Einwanderer sind in Amerika Quelle allen Reichtums, der Kultur, des Lebens. Niemand zweifelt daran, jeder weiß, dass die Gesellschaft Amerikas aus den Talenten und Taten der Neuankömmlinge gewoben ist. Selbst die konservativsten Politiker umgeben sich bei ihren Wahlkampfauftritten mit Aufsteigern, deren Eltern einst aus armen Ländern kamen. Der Begriff "Ausländer" ist eines der am wenigsten benutzten Wörter im amerikanischen Englisch, denn wer heute "Ausländer" ist, kann morgen US-Bürger sein, und wer heute US-Bürger ist, ist sich seiner "ausländischen" Vorfahren aus Europa, Lateinamerika, Asien und Afrika wohl bewusst. Die Zahl der im Ausland geborenen US-Bewohner wuchs im Jahre 2002 auf 33 Millionen, schätzt das U.S. Census Bureau, das statistische Bundesamt der Vereinigten Staaten. Allein in Kalifornien machen sie einen Bevölkerungsanteil von 26,9 Prozent aus, in der Stadt Miami sogar 60,6 Prozent, in New York City über ein Drittel. Der "amerikanische Traum", der aus aller Welt so viele Menschen anzieht, ist kein Mythos, wie die Geschichte Mei Yu Zou erzählt, der computerlernenden Näherin aus Chinatown. Sie kam Ende der Achtzigerjahre aus China, sie ist heute US-Bürgerin, ausgepresst in einer Schwitzbude des Textildistrikts, aber fest entschlossen, ein besseres Leben zu erarbeiten. Sie ist davon überzeugt, dass Amerika ihr die Chancen bietet, mehr als jeder andere Ort der Welt.

Im Einwanderungsland Amerika ist Bildungseifer deshalb auch eine Einwanderertugend. Wer hier überleben und aufsteigen will, muss sich selbst auf die Wissenssuche begeben. Einwanderer sind beflissener als Eingesessene und deshalb ist Bildung von allen Etiketten befreit. In Deutschland ist sie ein Orden an der Brust des Bildungsbürgers, in Amerika ein Schraubenschlüssel im Gepäck fürs Leben, kein Statussymbol, sondern Werkzeug, Mittel zum Zweck. Für die meisten Amerikaner soll Wissen helfen, Probleme zu lösen, nicht zu erklären. Häufiger als in Europa sind Arbeit und Lernen miteinander verschmolzen. Wer sich weiterbilden will, tut es "on the spot", konkret, während des Arbeitsprozesses, für David Richardson,

Ökonomieprofessor an der Syracuse University im Staat New York ist dies die erfolgreichste Bildungsmethode. Vom Staat organisierte Weiterbildung für Arbeiter und Angestellte, die ihre Arbeit verloren haben, zahle sich nicht aus, glaubt Richardson. Es sei viel besser, ihnen Geld für Weiterbildung direkt zu geben, denn nur sie wüssten, was sie brauchen, um einen neuen Job zu finden.

Es gibt keinen Bildungsurlaub, es gibt überhaupt nur 14 Tage Urlaub für die meisten arbeitenden Amerikaner, weshalb die Abendklassen der nichtstaatlichen Bildungsinstitutionen gefüllt sind. Gewerkschaften gehören zu den attraktivsten Bildungsanbietern, und mit dem "Consortium for Worker Education", das Mei Yu Zou am Computer unterweist, haben sie sogar das größte Weiterbildungszentrum New Yorks geschaffen. Es bildet in Bau- und Gesundheitswesen, in Logistik und Kindererziehung, es schult arbeitslose Kellner, Köche und Bäcker um, es betreibt Programme für angehende Computerspezialisten, Sprachprogramme, Kurse für die Jobsuche, konzipiert und finanziert von den Gewerkschaften der New Yorker Bauarbeiter, der Automobilarbeiter, der Schlosser und öffentlich Bediensteten, der Textilarbeitergewerkschaft "Unite" und den "Teamsters", der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft. Der Weg zur akademischen Welt führt durch die Schulungsräume der Gewerkschaften an der 7. Avenue in Manhattan: Arbeiter durchlaufen hier Vorbereitungskurse für das College.

New Yorks wohlhabendste Gewerkschaft, die Gewerkschaft des Gesundheitswesens 1199 SEUI, bildet Kranken- und Altenpfleger aus. Es gibt niemanden im Krankenhaus- und Altenpflegesystem des Bundesstaats New York, der nicht durch die Berufsschule der Gewerkschaft gegangen ist, jedes Jahr sind es 35.000. Die Krankenhäuser bezuschussen das Trainingszentrum auf der 42. Straße, sparen an eigenen Bildungsbemühungen und zahlen im Gegenzug dem Personal gute Löhne. Lizenzierte, gewerkschaftlich gebildete und organisierte Krankenpfleger verdienen doppelt soviel wie ihre unorganisierten, weniger gut gebildeten Kollegen, ein Anreiz, sich

1199 SEIU anzuschliessen. Beinahe 100 Prozent des Personals der Krankenhäuser und Pflegeheime sind Gewerkschaftsmitglied.

Gewerkschaften sind bessere Lehrer als der Staat, folgert das Center for an Urban Future, eine sozialwissenschaftliche Forschungsgruppe in New York, aus einer Studie über die Weiterbildung in Amerika. Gewerkschaftsbetriebene Ausbildung sei besser finanziert, gründlicher und länger und "konzentriert sich auf echte Arbeitsplätze, zielt auf die Arbeitgeber und hilft Beschäftigten erfolgreich, sich auf einen besseren Berufsweg vorzubereiten," heißt es in der Untersuchung.

Mei Yu Zou könnte in Deutschland vielleicht ähnliches finden wie das "Consortium", sie könnte am Rhein erreichen, was sie auch am Hudson schafft, aber sie würde immer argwöhnisch betrachtet, als die "Ausländerin", die nur zu "Gast" ist. Immer wird ihr der Verdacht anhaften, dass sie das Sozialsystem Deutschlands ausbeuten, etwas wegnehmen will. Ihre Kinder mögen in Deutschland geboren sein, aber sie gelten als "Ausländerkinder", als leichte Beute im Konkurrenzkampf. Sie sind keine Staatsbürger mit vollen Rechten. Wenn sie heranwachsen, werden sie ohne Wahlrecht sein, ausgeschlossen von den wichtigsten Elementen der Demokratie.

Freiheit in Amerika wurde immer mit Blut und Büchern erstritten, und der Kampf um den Zugang zu den Büchern war immer Auftakt für einen größeren, umfassenden Freiheitskampf. Als Rosa Parks, eine Textilarbeiterin aus Montgomery, Alabama, sich am Abend des 1. Dezember 1955 weigerte, ihren Sitzplatz im Linienbus einem weißen Fahrgast preiszugeben und damit den Funken für die mächtigste Bürgerrechtsbewegung des 20. Jahrhunderts entfachte, schwelte in den Gerichtssälen Amerikas schon seit über 20 Jahren der Konflikt um die Rassentrennung im Bildungssystem. In den Dreißigerjahren strengten Afroamerikaner die ersten Prozesse um ihre Schulfreiheit an, im Mai 1957 erklärte der Oberste Gerichtshof die Teilung der Schulen nach Hautfarben für illegal. In Montgomery boykottierten die Afroamerikaner das Bussystem, bis die Verkehrsgesellschaft ihre

rassistische Sitzordnung fallenließ. Martin Luther King redete vor Millionen von seinem großen Traum der Menschenemanzipation und wurde vom Präsidenten empfangen, doch die weißen Herrschenden verriegelten immer noch die Schultore. In Alabama stellte sich der Gouverneur vor dem Universitätseingang und verwehrte schwarzen Studienanfängern Einlass, der Pöbel bedrohte sie. Rosa Parks, längst aus dem Arrest entlassen, längst Siegerin im Buskonflikt, lief wochenlang jeden Morgen zur Bibliothek der Stadt, mit lesehungrigen afroamerikanischen Kindern an ihren Händen. Sie begehrte Einlass, eine stille sture Heldentat, die schließlich den Kindern die Türen zum Reich der Bücher öffnete. Das Bildungsprivileg war das letzte, was die weißen Herrschenden aufgeben wollten. Bundesmilitär musste anrücken, um ihren Starrsinn zu brechen und den Schwarzen den Weg in die Klassenzimmer und Hörsäle zu bahnen.

Heute regelt die "Affirmative Action" den Bildungszugang für sogenannte Minderheiten. Sie ist ein Fuss in der Uni- und Colleetür, ein Prinzip aus Gesetzen und Verordnungen. Es fordert von den Bildungseinrichtungen, Afroamerikaner, Jugendliche aus armen Familien und Frauen bevorzugt aufzunehmen, um damit deren Anteil an der Studentenschaft zu erhöhen. Die "Affirmative Action" ist umstritten. Ihre Gegner führen an, dass die Bildungsfreiheit für die Benachteiligten durch die Diskriminierung anderer Bevölkerungsgruppen erreicht werde. Doch niemand wünscht, den Albtraum der Segregation noch einmal zu durchleben. In New York bringen Schulbusse Kinder aus Spanish Harlem zu den Schulen in der Upper West Side mit seiner teils angelsächsischen, teils jüdischen Bevölkerung. Die Schulen mischen ihre Schüler; die Schülerschar jeder Schule repräsentiert die ethnische Zusammensetzung der ganzen Stadt. Seit den 70er Jahren setzen die Schulbehörden Speziallehrer ein, die Immigrantenkinder Sonderunterricht erteilen. Die Lehrer entstammen nicht der herrschenden ethnischen Gruppe, der weißen Mehrheit, sondern den Einwanderern selbst. Sie lehren Einwandererkindern einen Teil des Lehrstoffes in deren Muttersprache (Übrigens: ob mit

moslemischem Kopftuch oder ohne spielt keine Rolle). In manchen Regionen des Südwestens, in Kalifornien, Nevada oder Colorado vermitteln sie Mathematik, Biologie oder Geschichte in Spanisch, der Sprache der zugewanderten Obstpflücker und Landarbeiter, und füttern mit ihrer Arbeit von Zeit zu Zeit die Debatten über die Einführung der zweisprachigen Schulbildung. Letztlich soll Englisch die dominierende Sprache der Gesellschaft sein, fordern die Schulbehörden und veranlassen wie in New York Nachhilfe für Kinder aus jenen Schulen, die an den Bundesstandards scheitern.

Die Nachhilfe ist kostenlos und wird entweder vom öffentlichen Schulbetrieb, von gemeinnützigen Organisationen oder Bildungsfirmen erteilt. Im Jahre 2003 beanspruchten über 40.000 Kinder aus 263 New Yorker Schulen das Angebot, ein Drittel mehr als im Vorjahr. Auf Bundesebene werden Schulen, die den Kindern die englische Sprache ungenügend beibringen, nach dem "No-Child-Left-Behind"-Gesetz bestraft. Sie müssen entweder Nachhilfekurse aus ihrem Schulbudget bezahlen oder jene Lehrer entlassen, deren Klassen die schlechtesten Resultate zeigen. Kritiker des Gesetzes bemängeln, dass Washington nur Strafen, keine Belohnungen verteilt. Verbesserungen der Englischkenntnisse honorieren Bushs Bildungsbürokraten nicht, selbst wenn sie wie in Sheboygan, Wisconsin, schwierigen Bedingungen abgerungen werden: Die Schülerschaft der 17 Schulen dieses Distrikts spricht über 20 Sprachen, von Albanisch bis Mandarin.

Amerika ist der Flickenteppich der Welt. Der Begriff "Integration" wäre hier ein Paradox. Integriert ist, wer den Teppich bunter macht.

Elf Millionen Einwandererkinder besuchen heute Amerikas Schulen, mehr als je zuvor – in Deutschland wären sie Sündenböcke für den weiteren Verfall des Bildungssystems, in Amerika sind sie eine Herausforderung. So wenig das Weiße Haus zur Zeit die Welt beeindruckt, so sehr lockt das Land, das es regiert: Amerikas Attraktivität als Ort neuer Lebenschancen ist ungebrochen. Das Land begrüßt eine wachsende Zahl von Immigranten, verlost jährlich 50.000

unbeschränkte Arbeitserlaubnisse, sogenannte Greencards, und vergibt Arbeitsvisa an tausende Forscher, Gelehrte, Künstler, die in ihrer Heimat keine Arbeit finden. Zum Beispiel arbeiten in den berühmten Bell-Laboratorien in New Jersey Ingenieure und Physiker aus 140 Ländern an den Kommunikationssystemen der Zukunft, auch viele aus Westeuropa, die nicht mehr zurückkehren wollen. Sie verbindet mit den armen Einwanderern aus Mexiko oder China, dass sie das Geheimnis Amerikas spüren: Amerika ist ein Experiment, unfertig und einmalig in der Geschichte. Es korrigiert sich selbst, wenn es zu scheitern droht - bislang jedenfalls - und betreibt mit seinem Bildungssystem nichts anderes als ein permanentes Pilotprojekt. II